

Kampf um Wohnraum: Berlin braucht dringend 270.000 neue Sozialwohnungen!

Sozialwohnungen in Berlin und Brandenburg: Dringender Bedarf, sinkender Bestand und politische Forderungen für mehr Neubau.

Berlin, Deutschland - Der akute Mangel an Sozialwohnungen in Berlin und Brandenburg stellt ein zentrales Problem für die soziale Stabilität in der Region dar. Laut einer aktuellen Studie, die vom Bündnis Soziales Wohnen in Berlin vorgestellt wurde, ist die Anzahl der Sozialwohnungen seit 2017 erheblich gesunken. Der Rückgang betrug zwischen 2017 und 2023 mehr als 46.000 Wohnungen, wodurch der aktuelle Bestand auf etwa 118.000 Sozialwohnungen gefallen ist, wovon 99.849 in Berlin und 18.359 in Brandenburg sind. Die Prognose zeigt einen dramatischen Anstieg des Bedarfs: Bis 2030 wird mit einem Bedarf von rund 270.000 Sozialwohnungen gerechnet, allein in Berlin 236.300.

Trotz eines erhöhten Budgets des Bundes für den sozialen Wohnungsbau wurde in den Jahren 2022 und 2023 weniger neu gebaut als in den Vorjahren. Experten berichten von einer unzureichenden Neubautätigkeit und einer insgesamt schwierigen Einkommenssituation, die den hohen Bedarf an Sozialwohnungen weiter verstärkt. Matthias Günther, Studienleiter vom Pestel-Institut, schätzt, dass bundesweit ungefähr 5,6 Millionen Sozialwohnungen benötigt werden, wobei allein in Berlin 840.000 betroffen sind.

Der gesellschaftliche Druck wächst

Die steigenden Mieten und die zurückgehende Neubautätigkeit führen zu einem immer größer werdenden Mangel an Sozialwohnungen, der als sozial kaum noch steuerbar eingeschätzt wird. Bundesweit fehlen derzeit rund 550.000 Wohnungen, davon 35.000 in Berlin. Kritisiert wird, dass trotz der Versprechen der letzten und der aktuellen Bundesregierung, jährlich 100.000 neue Sozialwohnungen schaffen zu wollen, in der Realität erst rund 23.000 pro Jahr realisiert wurden. Um die wachsende Problematik zu adressieren, fordern verschiedene Verbände, dass mindestens 10% des jährlich fertiggestellten Wohnraums für bedürftige Haushalte reserviert werden.

Angesichts der demografischen Entwicklungen wird erwartet, dass insbesondere die Babyboomer-Generation bis 2035 in Rente gehen und somit die Nachfrage nach Sozialwohnungen weiter ansteigen wird. Für das Jahr 2023 wurden lediglich 23.115 Förderzusagen für Sozialwohnungen erteilt, was den niedrigeren Zahlen in den Jahren davor entspricht. Dies reiht sich in eine besorgniserregende Entwicklung ein, in der 19.552 Sozialmietwohnungen zwischen 2019 und 2023 ihre Belegungsbindung verloren haben, während nur 11.023 neu gebaut wurden.

Kritik an den Baupraktiken

Es gibt zudem Bedenken hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen für den Bau neuer Sozialwohnungen. Es wird ein ermäßigter Steuersatz von 7% auf Bauleistungen für neue Wohngebäude mit Sozialwohnungen gefordert. Kritische Stimmen bemängeln, dass in Deutschland häufig „Premium-Sozialwohnungen“ gebaut werden, die für viele Bedürftige unerschwinglich sind. Im Jahr 2024 bewilligte der Berliner Senat zwar 5.188 Sozialmietwohnungen, diese sind jedoch bislang noch nicht umgesetzt worden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Mangel an Sozialwohnungen in Berlin und Brandenburg eine multidimensionale Herausforderung darstellt, die Hand in Hand

mit der wachsenden sozialen Ungleichheit und den steigenden Lebenshaltungskosten geht. Die Forderungen nach adäquaten finanziellen Mitteln und einer gezielten politischen Strategie für den sozialen Wohnungsbau sind dringlicher denn je.

Für eine tiefgehende Analyse und mehr Informationen zu den Hintergründen der Wohnungsproblematik sei auf die Berichte **rbb24** , **Tagesspiegel** und **Bundeszentrale für politische Bildung** verwiesen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.rbb24.de• www.tagesspiegel.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de